

Antrag

der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P.

Handeln statt Wegsehen – null Toleranz gegen Gewalt

Wir ächten Hass und jegliche Gewalt gegen Menschen und Sachen. Verbale Verurteilungen immer wiederkehrender extremistischer Gewalttaten reichen aber nicht aus. Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen wegen ihrer Rasse, ihrer Religion oder wegen ihrer sozialen Herkunft gedemütigt oder Gewalt gegen sie ausgeübt wird. Deshalb darf es null Toleranz gegen Extremismus – ganz gleich ob von rechts oder von links – geben.

Wir nehmen weder Fremdenfeindlichkeit noch Gewalt hin, wir dulden sie nicht und lassen auch keine Entschuldigungen zu. Wo die Gleichgültigkeit überwunden wird, hat der Extremismus keine Chance.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, ein Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus und Gewalt ins Leben zu rufen. Vereine, Schulen, Hochschulen, Gewerkschaften, Kirchen, Arbeitgeber, jede und jeder Einzelne, alle gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen sollen willkommen sein, sich an diesem Bündnis zu beteiligen. Ein „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus und Gewalt“, das von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit getragen wird, kann zu einer nachhaltigen Eindämmung der Gewaltbereitschaft führen.

Unsere gemeinsame Überzeugung ist, dass die Würde des Menschen unantastbar bleiben muss.

Für die Fraktion
der SPD:
Joachim Mertes

Für die Fraktion
der CDU:
Christoph Böhr

Für die Fraktion
der F.D.P.:
Werner Kuhn